

Amnesty International

Amnesty International ist eine Menschenrechtsbewegung; ihre Stärke liegt in den über sieben Millionen Mitgliedern weltweit. Werden auch Sie Mitglied von Amnesty!

Amnesty-Aktivist*innen werden auf Basis professionell recherchierter Informationen tätig: Sie organisieren Öffentlichkeitsaktionen zur Bewusstseinsbildung, verbreiten Daten über die Menschenrechtslage in Gesprächen, bei Veranstaltungen und mittels lokaler Pressearbeit und motivieren Mitmenschen, damit diese mit einer Unterschrift auf einer Petition gegen Unrecht auftreten.

Schwerpunkte des Amnesty-Netzwerks Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte:

Arbeit: Wir setzen uns für Menschen ein, die wegen ihrer Arbeit für Arbeits- und Menschenrechte verfolgt und schikaniert werden (z.B. Kolumbien, Tunesien, Brasilien).

Wirtschaft: Wir fordern soziale Verantwortung von Unternehmen (z.B. Nigerdelta, Indien, Katar).

Soziale Rechte: Wir setzen uns für soziale Rechte ein: Menschen sollen in Würde leben können: Dazu gehört das Recht auf Wohnen, Gesundheit und eine gute Schulbildung (z.B. Zwangsräumungen in Rumänien).

Wollen Sie ehrenamtlich mitarbeiten?

Besuchen Sie unsere Homepage <http://gewerkschafterInnen.amnesty.at/> und informieren Sie sich über Mitarbeitsmöglichkeiten. Sie können sich für eine Mailing-Liste mit Urgent Action-Aktionen anmelden, unsere Veranstaltungen besuchen und in unserer Gruppe mitarbeiten. Kontaktieren Sie uns unter gewerkschafterInnen@amnesty.at.

Impressum: Amnesty International Österreich
Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte
c/o Moeringgasse 10/1, A 1150 Wien
E-Mail: gewerkschafterInnen@amnesty.at
IBAN: AT142011100000316326
BIC: GIBAATWWXXX
Eigene Herstellung, April 2016

Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



China:
**Menschenrechtsaktivist*innen
in Gefahr**

China: „Sicherheits“-Gesetze bedrohen Menschenrechte

Im Jahr 2015 wurden eine Reihe neuer „Sicherheits“-Gesetze entworfen oder bereits in Kraft gesetzt und drohen die Menschenrechte gravierend einzuschränken. Es ist zu befürchten, dass diese dazu dienen könnten, kritische Stimmen und Menschenrechtsverteidiger*innen mittels breit gefasster Anklagen wie „Anstiftung zur Subversion“, „Separatismus“ oder „Weitergabe von Staatsgeheimnissen“ zum Schweigen zu bringen. Das am 1. Juli 2015 in Kraft gesetzte Nationale Sicherheitsgesetz gab Anlass zur Sorge, da es eine weite und vage Definition der „nationalen Sicherheit“ enthält, die Bereiche wie Politik, Kultur, Finanzen und das Internet umfasst.

Das im Dezember 2015 vom Nationalen Volkskongress verabschiedete Antiterrorgesetz enthält praktisch keine Schutzmaßnahmen, um zu verhindern, dass Personen, die in friedlicher Weise ihre Religion ausüben oder die lediglich Kritik an der Politik der Regierung üben, wegen weit gefasster Anklagen im Zusammenhang mit „Terrorismus“ oder „Extremismus“ strafrechtlich verfolgt werden.

Die Regierung geht im ganzen Land massiv gegen Menschenrechtsanwält*innen vor. Politisch engagierte Bürger*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen werden systematischen Drangsalierungen und Einschüchterungen ausgesetzt. Zum Beispiel wurden fünf Frauenrechtsaktivistinnen in Haft genommen, weil sie am Internationalen Frauentag eine Aktion gegen sexuelle Belästigung durchführen wollten.

Folter und andere Misshandlungen sind nach wie vor weit verbreitet, und für viele Bürger*innen des Landes ist es unmöglich, sich vor Gericht Recht zu verschaffen. Der UN-Ausschuss gegen Folter bemängelte, dass frühere Empfehlungen nicht umgesetzt wurden.

Die Behörden verschärften ihre Kontrolle über das Internet, die Massenmedien sowie akademische Einrichtungen und Hochschulen. Die Zahl der im Fernsehen ausgestrahlten „Geständnisse“ von Kritikern in Untersuchungshaft nimmt weiterhin zu.

Die Religionsfreiheit wird weiterhin systematisch unterdrückt. Die Regierung hat 2015 wieder in der Provinz Zhejiang Kirchen abgerissen und christliche Kreuze entfernt. In der vornehmlich von Muslimen bewohnten Uigurischen Autonomen Region Xinjiang (Sinkiang) erließ die Regionalregierung neue Vorschriften, um religiöse Angelegenheiten noch stärker zu kontrollieren und alle nicht genehmigten religiösen Praktiken zu untersagen. Die Regierung übt auch weiterhin eine strenge Kontrolle über tibetische buddhistische Klöster aus.

Erfolge

In den vergangenen Jahren setzte sich das Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte immer wieder für Arbeitsrechts- und Menschenrechtsaktivist*innen in China ein.

Dabei konnten wir auch einige Erfolge erzielen. Hier drei Beispiele:

- Aktivist Zhu Chengzhi, der Aufklärung für den mysteriösen Tod von Li Wangyang forderte, wurde im März 2013 verschleppt und kam nach internationalen Protesten wieder nach Hause.



- Die Langzeitaktivistin Mao Hengfeng, die sich für Recht auf Wohnen einsetzte und dafür immer wieder inhaftiert wurde, kam im Februar 2014 frei.



- Zhao Lianhai, ein betroffener Vater im Skandal mit verseuchtem Baby-Milchpulver, setzte sich für Entschädigungen für Opfer ein. Dafür landete er 2010 im Gefängnis. Nach internationalen Protesten wurde er aus medizinischen Gründen aus dem Gefängnis entlassen.

Die Erfolge in China zeigen, dass die internationale Solidarität sehr viel bewirken kann, auch wenn man das in China nicht unbedingt glauben möchte. Diese Solidarität ist allerdings nicht ohne Ihre Mithilfe möglich.

Helfen Sie mit.

Die Liste der Aktionen zu China, an denen sich das Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte beteiligt hat, finden Sie auf unserer Website <http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/> -> ACTION -> Länder -> China. Besuchen Sie unsere Website und nehmen sie an den Aktionen teil. Der Einsatz lohnt sich.